Dienstag, 2. August 1921. **Einzelnummer 5 Mark.** 60. Jahrgang. **Nr. 131.**

Erscheint an allen Werktagen.
Bezugspreis vom 1. August 1921 an monatlich M.
in der Geschäftsstelle 75.—
in den Ausgabestellen 77.50
durch Zeitungsboten 80.—
durch die Post . . 80.—

Fernsprecher: **4246**, 2273 3110, 3249.



Anzeigenpreis:
f. d. Grundschriftzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . 15.— M.
im Reklameteil 40.— M.
Für Aufträge aus Deutschland . 3.50 M.
im Reklameteil 10.— M.
in deutscher Mark.

Telegrammadresse: Tageblatt Poznań.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau; für Polen: Czekowe Konto P. K. O. Nr. 200 283 in Poznań.

Aus Oberschlesien.

Die Reichsregierung an das deutsche Volk.

Amtlich meldet W. T. B. aus Berlin: Angesichts der herannahenden Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens hat gestern die Reichsregierung im Verein mit der preußischen Regierung beschlossen, in enger Fühlungnahme mit der Bevölkerung Schlesiens dahin zu wirken, daß die Bewohner des Landes sich auch weiterhin möglichste Zurückhaltung auferlegen, um zu ihrem Teil dazu beizutragen, eine sachliche Entscheidung zu ermöglichen. Es gilt, der Welt ein Beispiel dafür zu geben, wie ein Volk durch seine Selbstbeherrschung der sachlichen Lösung einer Frage von so großer Tragweite die Wege ebnet.

Die Reichsregierung richtet diese Mahnung nicht nur an die Schlesier, sondern an das ganze deutsche Volk und erwartet, daß jeder, der der deutschen Sache dienen will, ruhiges Blut bewahrt und sich der hohen Verantwortung bewußt bleibt, die uns der Augenblick auferlegt. Jede unbesonnene Haltung würde die von uns beanspruchte sachliche und gerechte Lösung der Frage gefährden.

Sitzung des Obersten Rates erst am 10. August.

Immer weiter wird, ganz nach den Wünschen Frankreichs, der Tag hinausgeschoben, an dem der Botschafterrat in Paris die oberschlesische Frage ihrer endgültigen Lösung entgegenführen soll. Ursprünglich war der 28. Juli als Termin bestimmt. Dann wurde daraus der 4. August und heute meldet eine Pariser Depesche, daß man in dortigen unterrichteten Kreisen annehme, daß der Oberste Rat spätestens am 10. August zusammentreten würde.

Französischer Vorschlag eines Krompromisses.

Der Londoner „Temps"-Korrespondent erklärt, man könnte, um zwischen den Anschauungen Frankreichs und Englands eine Einigkeit herbeizuführen, folgende Grundlage eines Kompromisses erwägen:

1. Man könnte die Botschafterkonferenz einberufen, um die Frage der Entsendung weiterer Truppen für Oberschlesien zu verhandeln.

2. Die englische Regierung könnte es Frankreich überlassen, in der Frage der Entsendung von Verstärkungen selbständig vorzugehen, so daß England jeder Verantwortlichkeit entbunden wäre.

3. Die englischen und die französischen Anschauungen lassen sich in Einklang bringen, wenn man Deutschland zu verstehen gäbe, daß als Antwort auf jede Aktion deutscher Truppen in Oberschlesien die französischen Truppen am Rhein vorrücken würden.

Der französische Ministerrat.

Aus Paris wird gemeldet: Nachdem der englische Botschafter die Antwort seiner Regierung übergeben hatte, fuhr Briand ins Elysee, wo der Ministerrat auf ihn wartete, um die oberschlesische Frage zu besprechen. Nachmittags von 3,30 bis 4,30 hat der Ministerrat zum zweiten Mal unter dem Vorsitz Millerands getagt. Die Zeit von 12—3½ Uhr wurde dazu benutzt, um die englische Antwort zu übersetzen. Briand hat dem Ministerrat die Richtlinien der Antwort, die er nunmehr an die englische Regierung zu senden gedenke, vorgelegt. Das Kabinett hat einstimmig diesen Richtlinien zugestimmt.

In der Unterredung mit dem englischen Botschafter gab Briand den Beschluß wieder, der einstimmig vom Ministerrat gebilligt worden war, und der darin besteht, daß die Tagung des Obersten Rates von einem gemeinsamen Schritt des französischen, englischen und italienischen Botschafters in Berlin abhängig gemacht wird, der die deutsche Regierung auffordert, alle für die Beförderung der Truppen nach Oberschlesien notwendigen Maßnahmen zu treffen. Dieser Gesichtspunkt wird den Gegenstand einer neuen Note bilden.

Ueber die Entschlüsse des Pariser Kabinetts

weiß „Petit Parisien" mitzuteilen, daß der Ministerrat die Haltung der französischen Regierung in bezug auf Entsendung von Truppenverstärkungen nach Oberschlesien bestätigt habe. Frankreich vertrete den Standpunkt, daß es in dieser Frage um so weniger nachgeben könne, als es sich durch zwei diplomatische Schritte bei der deutschen Regierung gebunden habe. Ehe die französische Regierung auf eine Maßnahme verzichte, die sie für unerläßlich halte, scheine sie, wenn nötig, unter ihrer eigenen Verantwortung handeln zu wollen.

Der englisch-französische Notenwechsel.

Der englische Botschafter in Paris, Lord Derby, überreichte gestern dem französischen Ministerpräsidenten die Antwort Englands auf die letzte französische Note. Die Unterredung der beiden Staatsmänner dauerte dreiviertel Stunden. Wenn der Text der englischen Antwort auch noch nicht vorliegt, so ermöglichen Reutermeldungen es doch, sich ein Bild von der Auffassung der englischen Regierung zu machen. Der energische Ton, in dem die englische Note gehalten ist, muß vor allem auffallen.

Wie Reuter erfährt, wird die britische Antwort auf die französische Note über Oberschlesien ganz ausführlich die Umstände schildern, welche die gegenwärtige Lage geschaffen haben. Die Antwortnote beschäftigt sich eingehend mit dem Vorwurf, daß England sich gegen Frankreich eingesetzt und hierdurch die Haltung Deutschlands gestärkt habe. Weiterhin lenke die Note die Aufmerksamkeit auf das als eine außergewöhnliche Handlung von seiten Frankreichs bezeichnete Bestreben hin, die nachdrückliche Forderung sofortiger Entsendung von Verstärkungen unabhängig vom Obersten Rat vorzunehmen. Die Note betont, es sei keine Grundlage für die Verfolgung einer gemeinsamen zukünftigen Politik möglich und kein für eine zukünftige Verhandlung brauchbares Ziel gegeben, ehe nicht England klaren Einblick in die Absichten der französischen Regierung erhalte. Die britische Regierung sei bestrebt, jedes Mittel zu erwägen, Frankreich entgegenzukommen. Es wird aber betont, daß nach den in London vorliegenden Nachrichten den französischen Truppen in Oberschlesien keine Gefahr drohe, auf Grund derer die Entsendung von Verstärkungen als dringlich angesehen werden könnte.

Wie Reuter weiter erfährt, wiederholt der erste Teil der Note die Vorgänge, die bei der Überreichung der französischen Note an Deutschland am 16. Juli ohne vorhergehende Verständigung mit den Alliierten sich abgespielt haben. Das war das erste Anzeichen eines Auseinandergehens der Politik der Zusammenarbeit, die bisher befolgt wurde. Die Note bringt das Erstaunen zum Ausdruck, das die britische Regierung bei der Änderung der Haltung der französischen Regierung empfand, und erinnert daran, daß nach dem Frankfurter Zwischenfall im April letzten Jahres Millerand die endgültige Zusicherung gab, daß die französische Regierung keine selbständigen Maßnahmen über Fragen ergreifen würde, die die besonderen Interessen der Alliierten berühren. Die Note drückt sodann die Enttäuschung aus über den offensichtlich unfreundlichen Ton der letzten Mitteilung der französischen Regierung. Es widerstrebe der britischen Regierung, zu glauben, daß ein solcher Ton auch unfreundliche Absichten seitens der französischen Regierung einschließt. Großbritannien habe der französischen Regierung schon viele Konzessionen gemacht und sei bereit, solche auch weiterhin zu machen. Es sei Großbritannien absolut unmöglich, Maßnahmen gutzuheißen, die unvermeidlich die Grundlage der Allianz erschüttern müssen. Die britische Regierung fühle sich verpflichtet, anzufragen, welche Erklärung die französische Regierung für ihr Verhalten geben will. Denn so lange die Frage nicht geklärt ist, sei es schwierig, zu sehen, auf welcher Grundlage die Zusammenarbeit der Alliierten fortgesetzt werden könne.

Der Londoner Korrespondent des „Journal" meldet, daß England, wenn der Oberste Rat sich für die Entsendung von Verstärkungen entscheiden sollte, Anstrengungen machen würde, um mindestens ebenso viel Truppen in Oberschlesien zu haben wie Frankreich.

Ein Warschauer Blatt über die polnischen Insurgenten.

Über die Unruhen in Inowrocław, die sich bei der Entwaffnung oberschlesischer Aufständischer ereigneten, schreibt „Gazeta Warszawska":

Die Belassung der Waffen an Aufständische sei ein Fehler polnischer Militärbehörden gewesen. Unter den internierten Insurgenten seien kaum einige hundert Schlesier gewesen, der Rest Landstreicher und Verbrecher. Es sei ein Rätsel, wer diese Elemente außerhalb Schlesien angeworben, bewaffnet und losgeschickt habe. Korfanty habe wiederholt gebeten, ihm keine Leute mehr zu schicken, da er genug habe. Die Leute seien durch Gewalttätigkeiten eine Geißel der oberschlesischen Bevölkerung gewesen. Außerdem hätten sich zum Schrecken aller politisch denkenden Polen geäußert, sie würden diese Aufstandsbewegung auch auf andere Teile Schlesiens übertragen.

Ein Schaden von hunderten von Millionen.
Das ganze Industriegebiet zerrüttet.

Berlin, 28. Juli. Die Nachricht, daß bereits Verstärkungen von Ententetruppen durch Deutschland nach Oberschlesien unterwegs seien, bestätigt sich nicht. Ebensowenig die Meldung, daß General Lerond bereits Oppeln verlassen und sich über Prag nach Paris begeben habe. Er befand sich noch heute früh in Oppeln.

Lloyd George erklärte gestern im Unterhaus, daß er keine Angaben über die während der polnischen Aufstände verursachten Schäden im oberschlesischen Industriegebiet erhalten habe. Dies ist um so erstaunlicher, als der „Hüttenmännische Verein" in Kattowitz bereits einen an die deutsche Regierung erstatteten und von dieser an die deutschen Vertreter bei den drei Ententemächten weitergeleiteten Bericht hierüber herausgegeben hat. Es werden darin, wenn auch natürlich noch nicht vollständig, die Verluste aufgezählt, welche die oberschlesischen Industriebetriebe während der polnischen Aufstände durch die Insurgenten durch Raub und Zerstörung erlitten haben. In Gestalt ausgedehnter Requisitionen sind Millionenwerte gestohlen worden, insbesondere auch zahlreiche für die Arbeiter angesammelten Vorräte von Lebensmitteln und Bekleidungsstücken. Der Gesamtschaden, der noch nicht in seiner vollen Höhe abzuschätzen ist, beläuft sich auf Hunderte von Millionen.

Auch der mittelbare Schaden ist sehr bedeutend. Die Betriebsleiter wurden vielfach durch Ersatzmänner verdrängt, die nichts davon verstanden und in deren Händen alles in Unordnung geriet. Die Förderung in den Bergwerken ist teilweise auf die Hälfte zurückgegangen. Das Industriegebiet ist stark zerrüttet und es wird geraumer Zeit der Ruhe und Ordnung bedürfen, um es wieder auf die alte Höhe zu bringen.

Die Wilnaer Angelegenheit.

Wilna, 31. Juli. (PAT.) Die „Polnische demokratische Partei" übersandte General Zeligowski eine Denkschrift über die Lage im Wilnaer Gebiet. Die Denkschrift endet mit nachstehenden Sätzen: Das einzige Mittel zur Sicherung der Interessen des polnischen Volkes und der ganzen Bevölkerung Mittellitauens ist die schnellste Einnahme eines klaren Standpunktes durch General Zeligowski. Dieser Standpunkt müßte sich in der schnellsten Bildung eines sogen. Wilnaer Kantons zeigen, um noch vor der Verwirklichung der Entscheidung des Völkerbundes die Organisierung des ganzen öffentlichen Lebens durch die Lokalbehörden Mittellitauens vornehmen zu können. Zweifellos hat sich General Zeligowski bisher des weitestgehenden Vertrauens aller Bevölkerungsschichten erfreut, die in ihm die Bürgschaft für Sicherheit und Schutz vor feindlichen Angriffen sehen. Die Mehrheit der Bevölkerung wird im Notfall der Aufforderung des Generals folgen, aber die Initiative und die Tat muß von ihm ausgehen. Die Bestätigung der Entscheidung kann von allen städtischen und ländlichen Selbstregierungen ausgehen, die zu diesem Zweck eine Tagung einberufen werden. Daher ist es nach unserer Ansicht notwendig: 1. das Militär zu reformieren und nach Möglichkeit alle aus Litauen stammenden Militärpflichtigen einzuziehen; 2. eine Regierung aus der örtlichen Bevölkerung unter Beteiligung der Weißrussen und Juden zu bilden; 3. eine klare Änderung der Politik in Beziehung zu anderen Völkern im Sinne der Gleichberechtigung zu beginnen; 4. die Agrarreform zu beschleunigen; 5. auf dem Gesetzwege den Schutz der arbeitenden Schichten zu erweitern; 6. das ganze Gebiet Mittellitauens unter der Verwaltung Zeligowskis zu vereinigen; 7. die Wahlen zum Sejm zu erneuern; 8. im Einvernehmen mit der polnischen Regierung eine Beschränkung in den Kompetenzen der Delegierten für die diplomatische Tätigkeit durchzuführen. Die Berücksichtigung obiger Vorschläge und Verordnungen kann dem Reiche die Ruhe wiedergeben.

Bulgarien führt den Friedensvertrag aus.

Sofia 31. Juli. Havas meldet: Bulgarien führt zurzeit von den im Friedensvertrag vorgesehenen Bedingungen die Lieferung von Vieh an Serbien, Griechenland und Rumänien aus. Die Armee ist auf die im Friedensvertrag vorgesehenen Bestände vermindert worden.

Handelsminister Daskolow hat Pressevertretern erklärt, daß infolge der Besprechungen, welche zwischen der Interalliierten Kommission und der Regierung stattgefunden haben, der Finanzminister beauftragt worden sei, den Gesetzentwurf, der eine Vermögensabgabe vorsieht, zurückzuziehen.

Der Abschnitt des Friedensvertrages, betreffend Aburteilung der Kriegsbeschuldigten, wird im Laufe der kommenden Parlamentssession gestrichen werden. Die gegenwärtig schwebenden Verfahren werden bis zum 19. September fortgesetzt. Von diesem Tage ab werden keine neuen Prozesse mehr angestrengt werden.

Bolschewisten und Banditentum.

Für den ganzen Süden Rußlands, angefangen von einer Linie nördlich von Kamieniec-Podolsk, Kiew, Jekaterinoslaw, Charkow und Woronesch, die von West nach Ost sich hinzieht, ist scheinbar schon die Periode eingetreten, wo die Bolschewistenherrschaft nur noch eine scheinbare Bedeutung hat, in Wirklichkeit aber herrscht dort ein immer mehr sich vergrößerndes und vertiefendes wildes Chaos. Dies ganze Gebiet ist vom Banditentum überflutet. Hier und da — im Mittelpunkt der größeren Städte und der Haupteisenbahnlinien — halten sich noch bolschewistische kleine Abteilungen, doch diese Gruppen befinden sich in steter Gefahr, von den Aufstandswellen verschlungen zu werden. Die bolschewistischen Funkentelegramme und Nachrichten der ukrainischen Telegraphenagentur berichten von Zeit zu Zeit über Besetzungen und Räumungen einzelner Punkte, von welchen mit besonderer Vorliebe die Namen Waßniarka, Kasatin und Rasdjelnaja und verschiedene andere Knotenpunkte genannt werden. Allen diesen Nachrichten aber darf man keine besondere Bedeutung beimessen. Bei den herrschenden chaotischen Verhältnissen allgemeiner Anarchie kann irgend welche Eisenbahnstation, zum Beispiel dasselbe Kasatin, in der Woche zweimal von Hand zu Hand gehen, doch deswegen ändert sich der allgemeine Charakter des Bildes nicht.

Bei den zahllosen Banden, die, ohne Widerstand zu finden, in den großen Gebieten Südrußlands umherstreifen, besteht weder ein gemeinsames Programm noch eine gemeinsame Flagge. Eigentlich kämpfen alle diese Banden ohne Unterbrechung gegen die Bolschewisten, doch dieses hindert sie nicht, sich selbst gegenseitig zu befehden. Sehr oft geschieht es, daß um den Besitz eines noch nicht gänzlich zerstörten Städtchens oder eines noch nicht vollständig niedergebrannten Bahnhofs zwei solcher Banden sich in die Haare geraten, was zu Metzeleien führt. Die beliebteste Beschäftigung dieser unzähligen Scharen ist das Überfallen von Eisenbahnzügen, die von Norden nach Süden Manufakturwaren für die Bolschewisten, oder vom Süden nach Moskau Mehl und Speck führen. Zum Schutze dieser Eisenbahnzüge sind die Bolschewisten oft gezwungen, ganze Kriegsexpeditionen auszurüsten. Doch auch dieses Mittel hilft wenig, da man mit dem Deserteurwesen rechnen muß. Das Deserteurwesen hat sich jetzt in dem Maße verbreitet, daß es als eine ernste Bedrohung anzusehen ist, wenn auch nicht für die ganze Bolschewistenarmee, so doch jedenfalls für den Teil, der sich im Süden Rußlands befindet. Keine Mittel zur Bekämpfung des Deserteurwesens erreichen mehr ihren Zweck. Nur die Fremdstämmigen, wie Baschkiren, Kalmücken, Kirgisen, entlaufen nicht, da die Umgebung sie nicht aufnimmt; ein entlaufener Baschkir oder Kirgise setzt sich der Gefahr aus, wie das allgemeine Regel ist, unter das Beil der Bauern zu kommen. Verhältnismäßig wenig Deserteure gibt es unter den sibirischen Truppenabteilungen, die nach dem europäischen Rußland gebracht sind. Dagegen herrscht das Deserteurwesen bei den neuausgehobenen Rekruten aus der Bauernschaft, wenngleich sie auch zumeist aus dem Norden her sind.

Die gegen den Bolschewismus unversöhnlich feindlich gesinnte Bauernschaft ist mit einem großen Blatt Löschpapier zu vergleichen, das den Bolschewismus als Wassertropfen in sich aufnimmt. Das Löschpapier wird ein wenig feucht, doch von den Wassertropfen bleibt keine Spur. Die bolschewistischen Militärabteilungen, die nach dem Süden Rußlands gesandt werden, zerschmelzen unwiderstehlich schnell, und wenn die Neuauffüllung ihrer Reihen vom Norden her aus irgend welchen Gründen verzögert wird, kann ihre Schwächung einen katastrophalen Charakter annehmen.

Die Lage der Bolschewisten wird durch den Umstand erschwert, daß im Laufe der Zeit mit der allgemeinen wirtschaftlichen Erschöpfung und dem weiteren Zerfall des Transportwesens die Zusammenziehung mehr oder weniger bedeutender Heeresmassen an bestimmten Punkten immer schwieriger und schwieriger wird. Für diese Heeresmassen fehlt es an Lebensmitteln. Dies führt notgedrungen zu einer Verteilung des Heeres auf größere Gebietsflächen, was wieder eine Verminderung der Festigkeit des Gefüges und der Kriegstüchtigkeit zur Folge hat. Die Zerkleinerung der Heeresteile begünstigt wieder das Deserteurwesen und verursacht damit den Verlust an Waffen und Munition, die der Gegenseite zugute kommen. Am standhaftesten gegen diese Erscheinung scheinen die Kavallerieabteilungen zu sein. Überhaupt nimmt im Laufe der Zeit die Kavallerie der Bolschewisten immer mehr und mehr einen prätorianerhaften Charakter an. Dies sind weniger Soldaten im neuzeitlichen Sinne, als vielmehr Landsknechte des Mittelalters oder Schweizer Söldner, bereit, für den zu kämpfen, der besser bezahlt und reichere Beute verspricht.

Schon seit dem Herbst 1920, sowie auch noch im Augenblick macht sich eine starke Lichtung der Reihen der Esten und Letten bemerkbar. Wie viel von ihnen noch im Dienst der Bolschewisten geblieben sind, ist schwer zu sagen. Tausende und Abertausende von Letten, durch Raub reich geworden, sind als Bourgeois bei der ersten Gelegenheit aus dem Dienst getreten, um von den Früchten ihrer „rechtlichen" Arbeit zu leben. Doch die Tätigkeit der Letten hat eine tiefe und unverwüstliche Spur in der Erinnerung des Volkes zurückgelassen. Das bloße Wort „Latysch" (Lette) ist das Sinnbild eines blutgierigen Henkers und erbarmungslosen Räubers geworden. Es ist schwer, den Haß, den die ganze Bevölkerung Südrußlands gegen den Letten empfindet, sich auch nur vorzustellen. In dieser Beziehung kann man nur noch die gewesenen Matrosen den Letten gleichstellen. Diesen Matrosen gegenüber zeigen sich die Dorfbewohner unversöhnlich. Eine Rückkehr ins Dorf ist für sie ausgeschlossen; bei der ersten Gelegenheit hält das Dorf Abrechnung mit dem gewesenen Matrosen mit Hilfe der Keule und der Axt.

Alle Zeichen deuten auf ein stetiges Wachsen der Antisemitenstimmung; am regsten sind in der Beziehung augenblicklich die ukrainischen Separatisten. Von den an einige Hundert zählenden Banden, die im Süden Rußlands umherstreifen, sind am erbarmungslosesten gegen die Juden die, die unter der unkrainischen Flagge operieren.

Eine genaue Angabe über die Zahl der verschiedenen Banden, vielmehr der Banditen, läßt sich auch annähernd nicht machen. Es ist eben eine ständig wechselnde Größe. Diese Banden bilden sich wie die Wasserblasen während des Regens und verschwinden ebenso schnell, um dann bald wieder zum Vorschein zu kommen. Die Bolschewisten scheinen im Kampfe mit ihnen machtlos zu sein. Die Operationen können ihr Ziel erreichen, wenn es sich um die Ver-

richtung einer zufällig konzentrierten Bandenmacht handelt, doch, bedrückt von den Bolschewisten, zerstreuen sich diese Banden spurlos, um sich wieder zu vereinigen, sobald das Heer weitergezogen ist. Dies Banditentum ist zweifellos eine vernichtende Kraft. Im Grunde genommen ist es eine Ausartung der antibolschewistischen Bewegung oder ein Teil des bolschewistischen Elements, der gegen das Ganze sich auflehnt. Dadurch ist erklärlich, daß trotz seiner ganz fabelhaften Entwicklung das Banditentum zu keiner Einigung der Kräfte, zu keinem allgemeinen und planmäßigen Kampfe gegen den Bolschewismus führt. Die Grundlage des Banditentums ist die, daß es weder ein bestimmtes politisches Programm hat, noch haben kann — es ist das Produkt der Anarchie und zugleich eine ihrer wichtigsten Erscheinungen. Verschiedene Parteien, die mit dem Bolschewismus in den Kampf treten, gebrauchen das Banditentum für ihre Zwecke, doch bis jetzt wenigstens ist es ohne Nutzen geschehen, denn das Banditentum wendet sich gegen jede Kraft, die den Versuch macht, den Bolschewismus zu ersetzen und aufbauende Arbeit zu leisten. Wenn der Bolschewismus gegen eine feindliche Kraft machtlos wird und weichen muß, so kommt auch ihm das Banditentum dann zu Hilfe. Das Gesagte bezieht sich hauptsächlich auf die sogenannte „ukrainische" Bewegung, die augenblicklich mit einer seltenen Beharrlichkeit das Banditentum für seine blau-gelbe Fahne anzuwerben sucht. Ein Teil der bekannten, im allgemeinen unbedeutenden Führer der Banditenbanden geht zeitweise scheinbar auf einen Vertrag ein, doch ein greifbares Ergebnis ist daraus bisher nicht entstanden.

Nach dem allgemeinen Gang der Ereignisse zu urteilen, bezeichnet durch das ständige Wachsen der Anarchie, ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß im nächsten Stadium das Banditentum den Bolschewismus verdrängen und, dessen Kräfte vernichtend, mechanisch den Boden für den künftigen Staatsaufbau vorbereiten wird. St.

Die Reparationen.

Berlin, 31. Juli. In der Sitzung des Reparationsausschusses am 27. Juli erstattete der Reichsminister für Wiederaufbau, Dr. Rathenau, neuerdings Bericht über den Gang und Stand sowohl der gegenwärtig schwebenden Verhandlungen, wie derjenigen Arbeiten, die augenblicklich im Wiederaufbauministerium vor sich gehen. Die Verhandlungen sind in der Zwischenzeit ununterbrochen gefördert worden. Sie wurden zum größten Teil in Paris, zum kleineren Teil in Berlin geführt. In seiner Rede legte Dr. Rathenau besonderes Gewicht auf die Feststellung, daß Deutschland wesentliches Interesse an der allgemeinen Umwandlung der Goldleistungen in Sachleistungen habe, und zwar nicht nur Frankreich, sondern auch den übrigen Ländern gegenüber. „Wir glauben," so fuhr Dr. Rathenau fort, „daß die Verhandlungen, die auf diesem Wege geführt werden, nicht allein zum Vorteil Deutschlands geführt werden, denn zum Vorteil Deutschlands geschieht in der Welt heute wenig, sie werden aber deshalb, wie ich hoffe, eine Aussicht auf Verwirklichung haben, weil sie zum Vorteil aller dienen; denn während es auf der einen Seite für uns unmöglich ist, einen Goldstrom herzustellen, der von Deutschland, einem goldlosen Lande, ausgeht und sich über die Länder ergießt, während es für uns überaus schwierig und gefährlich ist, unsere Produktion so gewaltig zu steigern, daß sie alle Länder mit Waren überschwemmt, ist die reziproke Wirkung auch für die übrigen Länder bedenklich und gefährlich. Wäre ein Goldstrom möglich, der die übrigen Länder aus dem Herzen Deutschlands ernährt, so wäre das nicht ein Glück für diese Länder, noch weniger aber wäre es für diese Länder erträglich, die gesamten Märkte der Welt mit einer krankhaften Überproduktion in deutschen Waren überschwemmt zu sehen. Es würde dahin führen, daß jedes Land sich schließlich sagen kann, daß es von Deutschland genau so viel Tribut bekommt, um seine Arbeitslosen damit zu ernähren. Das aber ist kein Ziel volkswirtschaftlicher Art. Diese Erkenntnis," so schloß Dr. Rathenau seinen Ausblick in die Zukunft, „bricht sich Bahn und damit auch die Erkenntnis, daß die Bedingungen in irgend einer Form tragbar gemacht werden müssen, daß ihre Tragbarmachung nicht mehr und nicht weniger bedeutet, als die Überwindung der gegenwärtigen Konsum- und Produktivkrisis der Welt und die Ermöglichung eines gemeinsamen wirtschaftlichen Wiederaufbaus."

Im Anschluß an die Rede des Wiederaufbauministers Dr. Rathenau gab der Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Dr. Hirsch einen Überblick über die Erörterungen bezüglich des sogenannten Loches im Westen und über die Gestaltung der deutsch-französischen Handelsbeziehungen. Bei den Verhandlungen kam immer wieder der Wunsch Frankreichs zum Ausdruck, man möchte sich über Kontingente für den französischen Absatz verständigen. Es besteht auf deutscher Seite kein grundsätzliches Bedenken auf Kontingentsverhandlungen, die sich im Rahmen der jetzigen deutschen Wirtschaftslage bewegen, einzugehen unter der Voraussetzung der Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit. Der Staatssekretär berührte dann die besonderen Schwierigkeiten, die für eine weitgehende Zulassung von Einfuhr nach Deutschland vorliegen. Er verwies auf den französischen Zolltarif und dann auf die 26prozentige Ausfuhrabgabe, die den Welthandel hemmt. Jede Mehrausfuhr ist gegenwärtig mit 26 v. H. besteuert. Diese handelhemmende Wirkung der 26prozentigen Ausfuhrabgabe wird von den Handelskreisen der ganzen Welt immer deutlicher erkannt. Eine Abänderung ist notwendig auch im Interesse der Länder, die Waren nach Deutschland ausführen wollen.

Aus Tschechien.

Das Bündnis mit Polen.

Prag, 31. Juli. (Tel.-Un.) In der tschechischen Presse sind Meinungsverschiedenheiten entstanden wegen des Bündnisses mit Polen. Die Koalition der Regierungspresse tritt energisch für dieses Bündnis ein, wogegen sich seitens einiger Blätter, namentlich der liberalen „Tribuna", Befürchtungen zeigen, daß sich die Republik bei solch einem Bündnis wahrscheinlich in komplizierte polnische Probleme einläßt. Die „Tribuna" behauptet, daß die Freundschaft mit Deutschland für die tschechische Republik mindestens ebenso wichtig ist, wie die Freundschaft mit Polen. Sie schreibt, daß durch eine Militärkonvention gegen Deutschland (82 Millionen Einwohner gegen 60 Millionen) bei weitem noch nicht alle Beziehungen zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland ausgeglichen sein werden. 82 gegen 60 Millionen, das ist kein Federkissen, auf dem wir vollkommen ruhig schlafen können, besonders da das Kriegsglück schwankend und die zentrale Lage Deutschlands strategisch weit günstiger ist, abgesehen davon, daß wir uns in einem solchen Falle auf unsere Deutsche nicht verlassen könnten. Deshalb dürfen wir das Problem der Beziehungen zu Deutschland nicht durch eine Militärkonvention gegen Deutschland lösen, sondern müssen unsere Bestrebungen zu guten Beziehungen nicht nur den Polen, sondern auch den Deutschen widmen. Es ist gut, sich nicht nur durch den Krieg, sondern auch durch den Frieden sicherzustellen.

Ein Pole über die Tschechen und Polen.

Professor Kurnatowski veröffentlichte nach seiner Rückkehr aus Warschau in dem tschechischen protestantischen Blatte „Kostnickie Jskry" Nr. 28 folgenden Brief:

„Ich freue mich, daß meine Unterredung mit dem Minister Benesch, die im „Kurjer Warszawski" veröffentlicht wurde, die polnisch-tschechische Annäherung begünstigte. Ich habe die den Tschechen zugefallenen Gebiete besucht und dort keine verzweifelte Lage gefunden, obgleich da noch viel Arbeit zu leisten ist. Ich fange an, mich an die Tatsache der Belassung der polnischen Bürger in der Tschechoslowakei zu gewöhnen, und betrachte dies als ein günstiges Zeichen. Dieses Stückchen Land kann zu einem Laboratorium werden, in dem sich unter dem kulturellen tschechischen Einfluß ein neuer höherer Typ eines Polen entwickeln wird, der das polnische Volksbewußtsein mit der Pflichttreue und der Sympathie zum tschechischen Staat verbinden und mit seinem Beispiel ganz Polen leuchten wird. Sachlich betrachtet, stehen die Tschechen kulturell viel höher als die Polen, und die Erziehung einer bedeutenden Anzahl Polen zu Missionaren der tschechischen Kultur für ganz Polen kann von äußerst segensreichem Einfluß für die Zukunft werden."

Die polnisch-Danziger Verhandlungen.

Danzig, 31. Juli. (PAT) Nach Informationen, die polnischen Pressevertretern in Danzig durch den Generalkommissar Plucinski über die polnisch-Danziger Verhandlungen erteilt wurden sagt die „Danziger Zeitung", daß man das bisherige Ergebnis der Verhandlungen nicht als positiv genug anerkennen kann, obgleich man sich bemüht hat, den Vertrag zustande zu bringen. Darum wurden von polnischer Seite überall dort Zugeständnisse gemacht wo es möglich war. Man einigte sich auf eine Vertagung weniger aktueller Angelegenheiten. Im jetzigen Augenblick kann man noch nicht sagen, ob die meisten bisher nicht erledigten Angelegenheit in den Vertrag aufgenommen oder einem Schiedsspruch unterstellt werden. Es ist anzunehmen, daß die Verhandlungen in den ersten Tagen des August beendet sein werden.

Konferenz der baltischen Außenminister.

Helsingfors, 1. August. Hier wurde offiziell ein Pressebericht über die Ergebnisse der Ministerkonferenz in Helsingfors veröffentlicht. Nach genauer Prüfung der politischen Beziehungen zwischen den baltischen Staaten und der gemeinsamen Lage dieser Staaten hat die Konferenz der Außenminister für Lettland, Estland und Finnland und des Vertreters Polens folgende Anträge angenommen. 1. Da die Frage der Friedenskonsolidierung der neuen Staaten in Osteuropa ein Problem der Existenz aller vertretenen Staaten ist, und eine große Bedeutung für den Gesamtfrieden in Osteuropa hat, haben die oben genannten Staaten, die sich auf gemeinsame politische und wirtschaftliche Interessen stützen, die Einberufung periodischer Konferenzen der baltischen Außenminister beschlossen. Die nächste Konferenz findet in Warschau statt. 2. Die Konferenz spricht den Wunsch aus, daß die Verhandlungen, die im Gange oder schon beendigt sind durch Mittel vervollständigt werden welche die Ausarbeitung und Schließung von Handels-, Wirtschafts- und Verkehrsverträgen zwischen den vertretenen Staaten als Ziel haben. Die Staaten, die in der Konferenz vertreten sind, verpflichten sich, keine politischen Verträge zu schließen, die den Interessen eines dieser Staaten widersprechen.

Politische Tagesneuigkeiten.

Ein Anschlag auf ausländische Delegierte in Rußland. „Daily Expreß" bringt ein Telegramm aus Riga, nach dem ein verbrecherischer Anschlag auf den Zug verübt wurde, in dem sich die ausländischen Delegierten auf dem Wege von Moskau nach Riga befanden. Der Zug entgleiste in der Nähe von Kurak. Sechs Delegierte sind getötet und einige verwundet.

Der Krieg im Orient.

Vom griechisch-türkischen Kriegsschauplatz laufen Nachrichten ein, die einander widersprechen. Griechen und Türken sind in siegreichem Vormarsch begriffen. So etwas ist im Orient wahrscheinlich möglich, der Mitteleuropäer kann es sich jedoch sehr schwer denken. Es scheint aber doch, daß der Siegeszug der Griechen ein Ende gefunden hat.

Konstantinopel, 31. Juli. (Tel.-Un.) Die griechische Offensive ist vor Seighazi zum Stehen gebracht worden. Der Kampf dauerte drei Tage, schließlich mußten die Griechen weichen. Eine Note aus Angora berichtet, daß die Griechen 4000 bis 5000 Mann und viel Munition und Kriegsgerät verloren haben. Die Zahl der Gefangenen beträgt 2500. Die griechischen Streitkräfte, die unter dem Befehl des Prinzen Andreas an der Eisenbahnlinie Eskischehir—Angora stehen, mußten zurückgehen.

Konstantinopel, 31. Juli (Tel.-Un.) Das türkische Pressekomitee hat ein Telegramm empfangen, in dem bestätigt wird, daß die Griechen bei Seighazi eine ernste Niederlage erlitten haben.

Türkischer Kampfbericht.

Paris, 31. Juli. (PAT.) Der türkische Kampfbericht meldet von neuen Erfolgen der türkischen Kavallerie und von einem vollständigen Aufhalten der griechischen Offensive in der Nähe von Eskiseir. Im Abschnitt von Seid-Ghasi entwickelt sich der Kampf zugunsten der Türken.

Kommunistischer Umsturz in Persien.

London, 31. Juli. (PAT.) Das Ministerium des Äußeren erhielt die nichtamtliche Nachricht von einem kommunistischen Umsturz in Teheran. Der Schah wurde entthront. Die Anhänger des Schahs kämpfen mit den Kommunisten.

Russischer Angriff auf Indien?

An der Grenze von Afghanistan werden zurzeit je acht Divisionen Infanterie und Kavallerie zusammengezogen, ebenso finden in Turkestan starke russische Truppenkonzentrationen statt. Da gleichzeitig der russische Kommissar für den Orient, Statin, in Kabul mit einer Division Reiterei eingetroffen ist, darf angenommen werden, daß es sich um Vorbereitungen für einen russischen Angriff auf Indien handelt.

Soweit eine Meldung der Tel.-Union; ob sie den Tatsachen entspricht, bleibt abzuwarten. Wir glauben nicht recht an diese phantastischen Pläne Rußlands. Mit einer Handvoll Divisionen, ohne umfassendste, moderne technische Kriegsmittel, ohne Bereitstellung geradezu ungeheuerlicher Mengen von Lebensmitteln und Munitionsvorräten, von Etappenlinien, die nach Tausenden von Kilometern zählen, ist an ein solches Unternehmen nicht zu denken. Möglich, daß zunächst die Sicherstellung der Beziehungen zu Afghanistan in Betracht kommt.

Ungleich richtiger erscheint uns jedoch die Annahme, daß es sich hierbei lediglich um einen von der Moskauer Regierung ausgehenden Bluff handelt, um die englische Regierung zu Wirtschaftsverhandlungen geneigter zu machen.

Ein Weißbuch über die Kriegsflotten.

London, 30. Juli. (Tel.-Un.) Ein Weißbuch bringt Einzelheiten über die Kriegsflotten der großen Flottenmächte nach dem Stande vom 1. Februar d. Js. Es besitzen Großbritannien 29 Schlachtschiffe, Frankreich 11, Rußland 14, Deutschland 8, Italien 13, Vereinigte Staaten 47, darunter 11 Neubauten, Japan 15, darunter 3 Neubauten. An Schlachtkreuzern hatte Großbritannien 8, Rußland 4 im Bau, Vereinigte Staaten 6 im Bau, Japan 9, darunter 2 im Bau. An leichten Kreuzern besaß Großbritannien 62 einschließlich 9 Neubauten, Frankreich 5 und 6 projektierte Neubauten, Rußland 9, einschließlich 8 Neubauten, Deutschland 8, Italien 10, Vereinigte Staaten 26, einschließlich 10 Neubauten, Japan 17, einschließlich 8 Neubauten. Torpedobootszerstörer besaß Großbritannien 191, Frankreich 71, Rußland 110, Deutschland 28, Italien 64, Vereinigte Staaten 318, Japan 93. Der Bestand an Torpedobooten war: Großbritannien 68, Frankreich 58, Rußland 7, Deutschland 16, Italien 99, Japan 19; an Unterseebooten Großbritannien 95, Frankreich 65, Rußland 58, Deutschland 0, Italien 68, Vereinigte Staaten 149, darunter 46 Neubauten, Japan 38, darunter 15 Neubauten.

Eine amerikanische Drohung.

Nach einer „Havas"-Meldung aus Washington habe Senator Borah im Senat den Antrag gestellt, die Zahlung der Schulden der Alliierten bis nach der geplanten Abrüstungskonferenz aufzuschieben. Wenn die auswärtigen Regierungen erhebliche Summen für ihre Rüstungen ausgeben würden die Vereinigten Staaten wahrscheinlich eine andere Politik einschlagen. Frankreich sei gegenwärtig die am meisten militaristische Nation; aber auch England gebe ungeheure Summen für seine Armee und Marine aus. Unter diesen Umständen sei es nicht ausgeschlossen, daß Amerika eines Tages sofortige Bezahlung der den Ententestaaten geliehenen großen Summen verlangen könnte.

Um eines Mannes Ehre.

Original-Roman von A. Groner.

(43. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Herr von Horst aber holte nur tief Atem, und erst nach einer guten Weile sagte er: „Vielleicht kann ich morgen reden — nur zu Ihnen. Sie müssen mir Ihr Wort geben, daß die Damen nichts von dem erfahren, was ich Ihnen mitteilen werde. Seien Sie ab neun Uhr vormittags im Arkadencafé. Sie werden mich dort bei einem kleinen blonden Herrn sitzen sehen. Wenn der geht, kommen Sie zu mir. Herr Gott! Ich bin ja froh, wenn ich diese Last nicht allein tragen muß."

„Was für eine Last?"

„O, Sie werden sie schon auch spüren. Also morgen kommen Sie ins Arkadencafé. Aber jetzt lassen Sie mich zu Hanna gehen."

„Gut, gut, Herr von Horst. Ist es Ihnen unangenehm, wenn ich mitgehe?"

„Aber — nicht im mindesten."

Sie gingen dem Bergerschen Hause zu. Beide waren in Schweigen versunken. Vor dem Hause angelangt, fragte Horst plötzlich: „Sagen Sie, war er in Bosnien?"

„Meines Wissens nicht. Er müßte denn in diesem Jahre dort gewesen sein."

„Nein — wenn er nicht vor beiläufig fünf Jahren dort war —"

„Nun — was ist dann?"

„Dann bin ich der glücklichste Mensch."

Herr von Horst trat schon ins Haus.

Der alte Breuner folgte ihm kopfschüttelnd.

12. Kapitel.

Am nächsten Morgen, es war der erste April, saßen Paul und seine Mutter beim Frühstück. Paul war so nachdenklich, daß er das Lauern seiner Mutter nicht bemerkte, wie suchend ihre Blicke sein Gesicht studierten, wie sie seine Unruhen gewahrte und wie ihre Augen aufzuckten, als er ob des Klingelns an der Wohnungstür, zusammenfuhr.

„Du bist ja sehr nervös geworden in der letzten Zeit," sagte sie spitzig.

„Sehr nervös. Du hast recht," gab er sofort, aber sichtlich zerstreut, zu. Er horchte ja auf das von der Magd und einem Manne im Vorzimmer geführte Gespräch.

Endlich stand er auf und ging hastig zur Tür.

„Ein Soldat ist da. Er bringt einen Brief, aber er gibt ihn nicht her."

„Ich darf den Brief nur dem Herrn von Horst selber geben," sagte der Bote und kam herbei.

„Der bin ich," rief Paul. „Bitte, also — geben Sie den Brief mir."

Frau von Horsts funkelnde Augen sahen den Boten jetzt, sahen, daß ein Justizsoldat es war, der ihrem Sohne ein Schreiben berreichte und sahen, daß dieser recht verlegen war, als er wieder zu dem Tisch zurückkehrte.

„Was hast denn Du mit dem Kriminal zu tun?" erkundigte sie sich scharf.

Er war schon im Begriffe gewesen, den Brief zu öffnen — das unterließ er jetzt, steckte ihn ein und langte nach der Kaffeekanne, wobei er kühl abweisend sagte:

„Irgend einmal wirst Du es erfahren, Mutter. Einstweilen muß es auch für Dich ein Geheimnis sein."

„Für wen denn noch? Für Hanna vermutlich?"

„Mehr als für irgend jemanden anderen."

„So! So! — Derlei ist eigentlich mehr als unangenehm."

„Peinvoll ist es. Qualvoll ist es, und wenn —"

„Nun? Wenn — —?"

Paul stand jäh auf.

„Ah! Frage nicht mehr. Ich kann Dir keine Antwort geben," erwiderte er fast grimmig, warf die Serviette hin und eilte aus dem Zimmer.

Die lange hagere Gestalt der seltsam lächelnden Frau bückte sich nach der Serviette, die auf den Teppich geglitten war und während Frau von Horst das zierliche Ding zusammenlegte, murmelte sie: „Er ist ja außer sich! Da muß etwas ganz Merkwürdiges mitspielen und etwas sehr, sehr Peinvolles."

Dieses sehr, sehr Peinliche, das sich die immer und überall übelwollende Dame übrigens nicht im entferntesten vorstellen konnte, schien in ihr ein gewisses Wohlgefallen auszulösen, denn sie rieb sich die Hände, was sonst — als plebejisch, nicht zu ihren Gewohnheiten gehörte.

Und weil Paul nicht zurückkehrte, aß sie mit merkbarer Lust allein ihr Frühstück.

Ihr Sohn las inzwischen hinter verriegelter Tür den Brief, den ihm sein Bekannter, der Beamte des Landgerichtes, früher als zu erwarten gewesen, zugesandt hatte.

Er las diesen Brief unter Zeichen von großer Erregtheit, und als er ihn in seiner Brieftasche verwahrte, atmete er schwer.

Eine Stunde später betrat er das Arkadencafé, wo er von dem Detektiv schon erwartet wurde. Der Mann erstattete ihm einen ziemlich langen Bericht, übergab ihm einen Zettel, empfing seine Entlohnung und den ihm gebührenden Dank und ging.

Gleich nach seiner Entfernung setzte sich Breuner zu Herrn von Horst.

(Fortsetzung folgt.)

Sejm.

Sitzung vom 30. Juli.

(PAT.) Warschau, 31. Juli.

In der Sonnabendsitzung des Sejm wurde zuerst über die Novelle des Gesetzes über die Verpachtung von brachliegenden Ländereien beraten. Es sprachen die Abgeordneten Bardel und der Landwirtschaftsminister Steczkowski; dieser bemerkte, daß der Hauptgewinn aus diesem Gesetz sich nicht nur in der Ziffern der verpachteten Morgen zeigt, sondern in dem Ansporn, den das Gesetz für die Eigentümer enthält, daß sie selbst Boden bewirtschaften. Nach den Ausführungen der Abgeordneten Pcnikowski und Szyszkowski erklärte der Berichterstatter, Abg. Bardel, noch einmal, daß die Behörden erst dann einschreiten, wenn der Besitzer des Bodens diesen nicht bestellt oder nicht verpachtet. Das Gesetz wurde in zweiter Lesung und darauf nach den Ansprachen Bojanowskis und Pardels in dritter Lesung angenommen. Dann wurde der mündliche Bericht der Verfassungskommission über den Gesetzentwurf betreffend das vorläufige Verhalten des gesetzlichen Obersten Vollzugsausschusses in der Wojewodschaft Schlesien entgegengenommen. Es sprachen die Abgeordneten Londzin und nach ihm Reger, der den Antrag der Mehrheit stützte. Abg. Pfarrer Lutosławski war gegen den Antrag. Die Kammer hat den Antrag abgelehnt und den Entwurf der Minderheit angenommen.

Im Namen der Finanz- und Haushaltskommission legte Abg. Loewenstein den Bericht über ein Gesetz vor, das eine dritte Serie von Schatzscheinen in Umlauf setzen will. Der Abg. Władysław Grabski schlägt eine Verbesserung zu Art. 1 des Gesetzes vor, nach dem im Maße der Realisierung der genannten Schatzscheine der Finanzminister die gleiche Menge an umlaufenden Geldscheinen zurückzieht und vernichtet. Das Wort ergreift Finanzminister Steczkowski zu folgenden Erklärungen: Das Defizit von 71 Milliarden ist schon durch eine Anleihe bei der Polnischen Landesdarlehnskasse gedeckt. Die Emission der Schatzscheine ist notwendig, da sich in den Einnahmen des Voranschlages außerordentliche Positionen der Post befinden, und zwar die Einnahmen aus der Zwangsanleihe und das Äquivalent für das Eisenbahnmaterial in Rußland. Der Minister ist mit dem Änderungsantrag des Abg. Grabski nicht einverstanden. In der Abstimmung wurde dieser Antrag mit 115 gegen 92 Stimmen abgelehnt. Das Gesetz wurde in zweiter und dritter Lesung angenommen. Darauf wurde der Bericht des Außenausschusses über die Statuten eines internationalen Gerichtshofes besprochen. Es handelt sich um die Ratifizierung eines schon vollzogenen Aktes. Die Unterzeichnung des Protokolls erfolgte am 16. November v. Js. in Genf. Das Statut selbst wurde am 13. Dezember durch alle Vertreter von etwa 40 Staaten angenommen. Das Gesetz wurde in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Abg. Wojdaliński erklärte in einem längeren Referat, daß zum Wiederaufbau der Industrie im Voranschlag eine zu kleine Summe bewilligt worden ist. Nach ihm sprach Abg. Diamand. Er führte aus, daß die ganze Art, wie der Sejm auf die Staatswirtschaft blickt, fehlerhaft sei, da wir von dem Grundsatz ausgehen, daß Polen ein landwirtschaftlicher Staat ist. Nur ein industrielles Polen wird seinen großen Aufgaben gerecht werden können. Abg. Dmowski hält die Behauptung aufrecht, daß das Budget kein Vertrauen verdient, da die Berechnung in polnischen Mark falsch ist, weil diese kein Wertmesser und kein Geld ist. Abg. Chodzyński erklärt, daß der Finanzminister kein einheitliches Budget für den ganzen Staat vorlegen konnte. In der Einziehung der persönlichen Einkommensteuer müßte man eine größere Energie als bisher anwenden. Der Redner beendigte seine Ausführungen mit der Erklärung, daß wir aus der gegenwärtigen Wirtschaft herauskommen und eine Wirtschaft der Gleichbehandlung aller führen müßten. Eine längere Ansprache hielt Abg. Rudziński, den der Marschall nach einer Stunde aufforderte, zu schließen. Abg. Rudziński legte Protest gegen das Vorgehen des Marschalls als eine Vergewaltigung der Wortfreiheit ein und verließ die Tribüne. Abg. Baborowski verlas eine Erklärung des Verfassungsklubs, die besagt, daß der einzig mögliche Standpunkt der sei, das Budget einer genauen Prüfung in der Kommission zu unterziehen. In der Abstimmung über diesen Antrag wurde die Beschlußfähigkeit angezweifelt. Es zeigte sich, daß im Saale 115 Abgeordnete zugegen waren, also ein genügendes Plenum. Die Aussprache wurde darauf geschlossen und das Budget der Kommission überwiesen. Darauf wurde die erste Lesung der Wahlordination für Sejm und Senat begonnen. Es sprachen die Abgeordneten Poniatkowski und Bobek. Darauf wurden die Beratungen beendet und die Sitzung geschlossen. — Nächst Sitzung am 20. September.

Republik Polen.

† **Der Papst an die polnischen Bischöfe.** Der Papst sandte an das polnische Episkopat ein Schreiben, das an die herzlichen Gefühle und Wünsche erinnert, die der apostolische Stuhl zu dem freien und unabhängigen Polen hegt. Dieses Schreiben, das in Kürze veröffentlicht werden wird, ist streng religiös gehalten und fordert die Gemüter zur Beruhigung auf.

† **Von der polnischen Volkspartei.** Es fanden Beratungen des Hauptausschusses der polnischen Volkspartei statt. Den Vorsitz der Versammlung führte zuerst Ministerpräsident Witos, dann der Minister Rataj. Das Referat über die politische Lage erstattete Ministerpräsident Witos, an das sich dann eine mehrstündige Debatte anschloß. Am Schlusse der Sitzung nahm die Versammlung eine Entschließung an, die die Stellung der polnischen Volkspartei zu dem Kabinett Witos sehr scharf kennzeichnet. In dieser Entschließung, die für die Zukunft des polnischen Parteilebens von ausschlaggebender Bedeutung sein kann, sieht die Partei die Möglichkeit der Abberufung des Ministerpräsidenten Witos von der Regierungsbank vor. Als Grund dieses event. Entschlusses der Partei gibt man an, daß die polnische Volkspartei seinerzeit unter Zurückstellung ihrer Parteiinteressen die Regierungsbildung übernahm. Dies sei aber, wie sich nun nachträglich herausgestellt habe, ein großer Nachteil für die Partei gewesen.

† **Ende des Streiks in der Textilindustrie.** Gestern wurde der Streik in der Textilindustrie beendigt. Die Arbeiter erzielten eine 40 prozentige Lohnerhöhung.

Freistaat Danzig.

† **Schließung der Danziger Waffenfabrik.** Heute wurde auf Befehl der interalliierten Kommission die Danziger Waffenfabrik geschlossen. Es muß erwähnt werden, daß die „Danziger Zeitung“ die Aufmerksamkeit darauf lenkte, daß seit einigen Tagen aus dieser Fabrik Maschinenteile, Werkzeuge, Material und Rohstoffe und ein Behälter mit unbekanntem Inhalt von Wert herausgehen. Wie bekannt, sind die Maschinen und die ganze Einrichtung der Waffenfabrik in Danzig auf Grund des Völkerbundbeschlusses Polen zuerkannt worden.

Valuta und Nationaldemokraten.

Von kundiger Seite wird uns über dieses Thema geschrieben:

Seitdem der Getreidehandel freigegeben worden ist, haben sich die Preise denen von Kongreßpolen stark genähert. Infolgedessen ist der Bedarf an Zahlungsmitteln außerordentlich gestiegen, was sich leicht erkennen läßt, wenn man bedenkt, daß ein Wagen Getreide jetzt 600 000 M. kostet, für den vor vierzehn Tagen nur der zehnte Teil gezahlt wurde. Da in Kongreßpolen schon seit Monaten die Zwangswirtschaft und das Kartensystem umgangen wurden, so haben sich dort die Preise schon mehr dem Weltmarktpreis angepaßt, und es wird deshalb dort die Geldnot nicht so stark empfunden werden wie in Posen und Pommerellen. Dieser Anpassung des Getreidepreises an den Weltmarktpreis folgt natürlich der des Mehles, der Backwaren, der Löhne usw. Überall wird man Zahlungsmittel vermissen und es nicht begreifen können, daß 107 Milliarden poln. Mark im Verkehr sind.

Zu dieser Preissteigerung gesellt sich gleichzeitig eine zweite allgemeine, die mit dem Stand unserer Valuta zusammenhängt. Wenn im Auslande die Valuta von 80 auf 75 zurückgeht, so bedeutet das, daß, um 100 deutsche Mark zu kaufen, anstatt 125 poln. Mark 133 nötig sind. Wenn aber die Valuta seit dem Vorgehen der Nationaldemokraten gegen die Domänenpächter von 7 auf 4 zurückgegangen ist, so heißt das, daß, um 100 deutsche Mark zu kaufen, statt 1420 2500 poln. Mark zu zahlen sind. Diese Entwertung der poln. Mark ist darauf zurückzuführen, daß — wie uns berichtet wird — das Ausland das Vorgehen gegen die Domänenpächter nicht in Einklang bringen kann mit westlichen Kulturbegriffen. Man kann nicht verstehen, daß man trotz feierlichster Zusagen des Obersten polnischen Volksrates, der sich aus Mitgliedern der herrschenden Partei der Nationaldemokraten zusammensetzte, die Pachtverträge nicht als bestehend anerkennt und trotzdem aus diesen Verträgen Rechte gegen die Pächter herleitet. Die Abschätzungen und Bewertungen sind so niedrig vorgenommen worden, daß die neuen Pächter — die natürlich Anhänger der Nationaldemokraten sind — auf Kosten der alten Pächter ungefähr 2 Milliarden Mark geschenkt erhalten. Das ganze Volk aber wird durch den deswegen mit eingetretenen Valutasturz gezwungen, Hunderte von Milliarden für die Verteuerung der Waren mehr zu zahlen.

Ferner wirkt ungünstig auf die Valuta die Art und Weise, wie in den Liquidationsfragen vorgegangen wird. Diese Bestimmungen waren England nützlich; den osteuropäischen Ländern aber gereichen sie zum Schaden. Die Tschechoslowakei hat deshalb größtenteils darauf verzichtet. Dagegen haben die Nationaldemokraten die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages noch verschärft, so daß es in Deutschland heißt: In Polen liquidiert man, was gefällt. Dadurch leidet wiederum die Kreditfähigkeit des Landes. Was haben also die Nationaldemokraten mit ihrem Haß und ihrer Verfolgung des Deutschtums erreicht? Die wirtschaftlichen Bande mit dem westlichen Nachbar sind zerrissen, und die Kaufkraft der polnischen Mark sank innerhalb zweier Jahre um 100 v. H. Die Entente beschenkte Polen reichlich mit Liebe, aber zur Hebung unserer Valuta hat sie nichts getan. Es kann also nur besser werden, wenn das polnische Volk den Einfluß der Nationaldemokraten bricht. Mit einer scharfen Devisenverordnung — das haben ebenfalls die letzten zwei Jahre bewiesen — läßt sich die Valuta nicht mehr halten noch heben. Alle solche Maßnahmen steuern nicht mehr unserer Not. Abhelfen kann nur eine gründliche Abkehr von dem unheilvollen Einfluß der Nationaldemokraten!

Aus der polnischen Presse.

Die „Prawda“ schreibt in Nr. 154:

Wer provoziert die Auswanderung?

„Nach dem Weltkrieg haben sich die polnischen Schulen im rheinisch-westfälischen Abwanderungsgebiet sehr entwickelt, trotz aller Hindernisse, die ihnen die Deutschen entgegensetzten. Es stellte sich die Notwendigkeit heraus, für diese Schulen einen Kurator in der Person eines Geistlichen anzustellen. Hierzu haben wir unsere eigenen Kandidaten, vor allem einen jungen Polenpriester im Rheinland, der sich sehr in der Ausbildung unserer Jugend in polnischen Sprachkenntnissen ausgezeichnet und in dieser Beziehung fast über seine Kräfte gearbeitet hat, vorgeschlagen. Da geschah etwas Unerwartetes. Den Schutz über die polnischen Kinder will man einem deutschen Geistlichen anvertrauen. Es ist eine Schande, daran zu denken, daß so etwas auch nur möglich wäre. Eine große Aufregung bemächtigte sich der Abwanderer anläßlich einer solchen Beseitigung eines Landsmannes und einer Protegierung des Feindes. Der vorgeschlagene Deutsche erfreut sich der größten Verabscheuung seitens unserer Landsleute. Er hat die Arbeit aller polnischen Vereine unterwühlt. Die polnischen Kinder wollte er nicht zur ersten Kommunion in polnischer Sprache vorbereiten. Als er aus Gründen, die man nicht weiß, anfangs nach Polen übersiedelte, rückte er in sein Vaterland aus, da uns vor einem Jahr die bolschewistische Invasion überflutete. So eine Figur soll nun den Schutz über polnische Kinder ausüben.

Der Vollzugsausschuß in Bochum sprach dagegen einen energischen Protest aus. Der Geistliche sollte durch unsere Staats-, Verwaltungs- oder Kirchenbehörden vorgeschlagen worden sein. Wir nehmen nicht an, daß die betreffenden Faktoren dies bewußt taten, da Anzeichen vorhanden sind, daß dies auf dem Wege der Protektion geschah. Wir erwarten deshalb, daß die maßgebenden Faktoren die ganze Sache genau prüfen werden, um nicht einen Skandal zuzulassen, der unsere Abwandernden bis zum Äußersten verbittern müßte.“

Es ist unendlich interessant, zu hören, daß „sich die polnischen Schulen im rheinisch-westfälischen Abwanderungsgebiet sehr entwickelt haben“, und wir freuen uns aufrichtig darüber. Die deutschen Schulen in Polen können das leider nicht von sich behaupten. Im Gegenteil: von allen Seiten kommen Klagen über die Notlage der hiesigen deutschen Schulen. Wie es bei dem jetzigen Kurs der Innenpolitik noch werden mag, ist nicht abzusehen.

Die „Prawda“ regt sich darüber auf — künstlich natürlich, denn wir nehmen doch nicht an, daß es ihr mit den Gründen, die sie anführt, ernst ist —, daß man einen deutschen Geistlichen zum Prokurator der polnischen Schulen gesetzt hat und nicht den polnischen Kandidaten, und wettert über die Schande, die in der „Beseitigung eines Landsmannes“ und der „Protegierung eines Feindes (so!!!) liegt. Es ist zunächst sehr befremdend, daß die katholische „Prawda“ so wenig Achtung vor einem katholischen Priester hat, und doch wieder nicht befremdend; denn der deutsche katholische Geistliche ist eben für die „Prawda“ kein richtiger Geistlicher, sondern, wie jeder Deutsche, ein „Feind“.

Ganz verfehlt ist jedoch die Absicht des Blattes, die ganze Angelegenheit den Deutschen in die Schuhe zu schieben und diesen vorwerfen zu wollen, daß sie damit „die Auswanderung provozieren“. Die „Prawda“ sagt doch selbst, „daß unsere Staats-, Verwaltungs- oder Kirchenbehörden den Geistlichen vorgeschlagen haben sollen“. Wo ist also die deutsche Schuld? Wieder einmal viel Lärm um nichts.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 1. August.

Aenderung im Ausflugszugverkehr Posen-Ludwigshöhe.

Vom Sonnabend, 6. August, ab werden die Ausflugszüge, die jetzt bis Moschin fahren, täglich bis auf Widerruf nicht nach Moschin, sondern nach Ludwigshöhe nach einem Fahrplan verkehren, der auf den Bahnhöfen einzusehen ist.

Lederpreise in Polen.

Die Verordnung des polnischen Handels- und Industrie-Ministeriums setzte folgende Lederpreise fest:

1. Sohlenleder: für 1 Kgr. in ganzen oder halben Stücken 395, Mittelstücke 582, Abfälle 187, Kork-Täfelchen 280 Mk.; 2. Riemen-Eichenleder 680, Chromleder 580 Mk.; 3. Eichen-Juchten: eingefettete in jeder Vollendung 680, nichtgefettetes Blankleder weiß oder schwarz 795, nichtgefettetes Blankleder färbig 875 Mk.; Chrom- und Eichenleder von jungen Stieren in jeder Vollendung: schwarz 160, färbig 175, Fütterung jeder Art 85 Mk. für je 1 engl. Fuß. Pferdeleder: Chromwaschet in ganzen oder zerschnittenen Stücken 150, Eichenwaschet 140 Mk. für je 1 engl. Fuß; für je ein Paar: zugeschnittene Stücke 610, Szychleitry 565, größere Blettry 140, kleinere 100, Abfälle 200 Mk.

‡ **Von der Bürgerwehr.** Die Posener Wojewodschaft teilt mit: Alle Ansprüche an die westliche Bürgerwehr im Gebiete der hiesigen Wojewodschaft sollen von den interessierten Seiten durch die Bezirkskommandanturen Z. S. O. an das Wojewodschaftskommando Z. S. O. in Posen im Verlauf von vierzehn Tagen, vom Tage der Veröffentlichung an gerechnet, angemeldet werden.

✕ **Zu dem Großfeuer auf dem Güterbahnhofe** erfahren wir noch, daß bei den Löscharbeiten ein Soldat sich so schwere Brandwunden zuzog, daß er in ein Militärlazarett übergeführt werden mußte. Von der Auffindung der verkohlten Leiche eines Mannes unter den Trümmern eines Eisenbahnwagens ist an den amtlichen Stellen nichts bekannt.

* **Strelno, 28. Juli.** Die 25jährige Tochter des Kaufmanns Baumgart, die mit einem Spiritusplätteisen beschäftigt war, goß aus einer Flasche Spiritus hinein. Dieser fing Feuer, explodierte, und das Mädchen trug schwere Brandwunden davon, denen sie im Diakonissenhause zu Bromberg erlag.

* **Bromberg, 28. Juli.** Der Kriminalpolizei ist es gelungen, einige gefährliche Einbrecherbanden zu ermitteln und hinter Schloß und Riegel zu bringen. Eine dieser Banden, deren Mitglieder maskiert und bewaffnet waren, verübte eine ganze Reihe von Raubüberfällen. Eine Unmenge von Sachen, die zweifellos von den Raubstreifereien herrührten, wurden beschlagnahmt. Eine zweite Bande bestand aus „Berufseinbrechern“; auch diese wurden festgenommen. In den Wohnungen der Mitglieder der Bande wurde ein ganzes Warenlager (Silber, goldene Uhren, Anzüge und verschiedene andere Sachen) mit Beschlag belegt. Das Diebesgut befindet sich im Kriminalpolizeibureau. Die dritte Bande hat sich außer verschiedenen Einbruchsdiebstählen auch der Kirchenschändung schuldig gemacht. Der Wert der beschlagnahmten Waren übersteigt zwei Millionen Mark. Die erste Einbrecherbande hat, wie die Kriminalpolizei feststellen konnte, auch eine Gastrolle in Deutschland gegeben. Leidtragende waren besonders Bewohner in der Deutsch-Kroner Gegend.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	1. August	30. Juli
4% Posener Pfandbriefe (alte) .	—,—	—,—
3% „ „ Buchst. A u. B	—,—	—,—
3½% „ „ ohne Buchst	—,—	—,—
3½% „ „ Buchst. C .	—,—	—,—
4% „ „ Buchst. D u. E	280 + N	—,—
4% „ „ (neue) . .	280 + N	—,—
4% „ (neue) mit poln. Stempel	—,—	—,—
4% Pos. Pfandbriefe	—,—	—,—
4% Pos. Provinzialobligationen	—,—	—,—
3½% Posener Prov.-Pfandbriefe	—,—	—,—
5½% Obl. Cegielski	—,—	—,—
6% Schuldscheine der Bank Kredyt. Hipot. Warszawsk.	—,—	—,—
Bank Związku I—VII em. (ungest.)	240 +	—,—
Bank Związku VIII em. (ungest.)	240 +	—,—
Bank Związku IX em. (ungest.)	240 +	250 + A
Bank Handlowy, Poznań I—VII .	340 + N	340 + N
„ „ „ VIII . .	340 + N	340 + N
Bank Handlowy, Warszawa . .	—,—	—,—
Bank Dysk., Bydg.-Gdańsk I—IV	—,—	—,—
Kwilecki, Potocki i Ska.	—,—	—,—
Bank Ziemian	—,—	—,—
Bank Ziemski	265 + N	—,—
R. Barcikowski I—IV em. . . .	—,—	210 + A
R. Barcikowski V em.	165 + N	165 + N
Centrala Skór	—,—	—,—
Lubań	—,—	—,—
Dr. Roman May	530 + A	530 + A
Patria	370 +	370 + N
Pozn. Spółka Drzewna	—,—	—,—
C. Hartwig I—III em.	—,—	—,—
C. Hartwig IV em.	—,—	395 +
Cegielski I—VI em.	255 + N	—,—
Cegielski VII em.	255 + N	—,—
Hurtownia Związkowa	150 + A	160 + N
Włókno	—,—	—,—
Inoffizielle Kurse:		
4½% poln. Pfandbriefe	—,—	—,—
4½% poln. Pfandbriefe (abgest.)	—,—	—,—
Bank Centralny I—III	—,—	—,—
Bank Poznański I. Em.	210 + N	—,—
Bank Przemysłowców	235—230 + A	230-235-225 + N
Pozn. Bank Ziemian (exkl. Kupon)	—,—	—,—
Polski Bank Komisowy II. Em. .	—,—	—,—
Bank Zjednoczenia	—,—	—,—
Hurtownia Drogeryjna (o. Bezugsr)	—,—	—,—
Iri	—,—	—,—
Wytwornia Chemiczna	—,—	250 + N
Wyroby Ceramiczne, Krotoszyn .	—,—	—,—
Drzewo Wronki	—,—	—,—
Wisła	—,—	—,—
Arcona	—,—	—,—
Brzeski Auto (exkl. Kupon) . .	—,—	—,—
Wagon Ostrowo	170—165 + N	160 + N
Wytwornia Maszyn Młyńskich .	—,—	—,—
Herzfeld Viktorius	350—345 + A	355—353 + A
Bentzki	390 + N	400 + A
Orient	—,—	—,—
Sarmatia	420 + A	—,—
Bławat	—,—	—,—
Dom Konfekcyjny	—,—	—,—
Tkanina	—,—	345 +
Centrala Rolników	—,—	—,—
Papiernia, Bydgoszcz	—,—	240—245 + N
Trie	—,—	200 + A
Hurt. Spółek Spożywców . . .	—,—	—,—
Sierakowskie Kopalnie Węgla .	—,—	—,—
Kabel	—,—	—,—
Lloyd Wielkopolski	160 +	—,—
Złącz. Cegieln. Aug. Grad. . . .	—,—	—,—
Pneumatik	—,—	160 + N

Amtliche Notierungen der Getreidebörse (Giełdy Zbożowej) in Posen vom 1. August 1921.

(Die Preise verstehen sich für 50 Kg. bei sofortiger Lieferung.)

Seradella	—,—*)	Wollgras	—,—*)
Futterlupinen	—,—*)	Tymotee	—,—*)
Saatlupinen	—,—*)	Raigras	—,—*)
Roggen . . .	2700—2900—3100	Inkarnatklee	—,—*)
Wintergerste .	2200—2300—2500	getr. Futterrüben . .	—,—*)
Saubohnen	—,—*)	Zuckerrüben getr. . .	—,—*)
Gartenbohnen . . .	—,—*)	Runkeln	—,—*)
Senf	—,—*)	Zuckerschnitzel gewöhnl.	—,—*)
Hanf	—,—*)	„ 30—35%	—,—*)
Buchweizen	—,—*)	„ Steffens	—,—*)
Mohn	—,—*)	Frühkartoffeln . . .	750—800
Hirse	—,—*)	Stroh: Getreidestroh, lose	—,—*)
Kümmel	—,—*)	„ gepreßt .	—,—*)
Leinsamen	—,—*)	„ (Sommer-)	
Winterraps .	4500—4600—4800	„ lose	—,—*)
Rübsen	—,—*)	„ „ gepr.	—,—*)
Gelber Klee	—,—*)	Heu, lose	—,—*)
Roter Klee	—,—*)	„ gepreßt	—,—*)
Weißer Klee	—,—*)	Klee, lose	—,—*)
Roggenkleie	1800—2000	„ gepreßt	—,—*)

*) Ohne Handel.

Tendenz: ruhig.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 1. August.

Abermalige Erhöhung des Gaspreises.

Der Magistrat gibt eine abermalige Steigerung des Gaspreises mit Gültigkeit vom heutigen Montag ab, und zwar von 17 auf 25 Mk. für das Kubikmeter wegen der Steigerung der Kohlenpreise und der Erhöhung der Arbeiterlöhne bekannt. Gleichzeitig ist der Preis für einen Zentner Grobkoks auf 500 Mk. Perlkoks auf 350 Mk. und Teer auf 2000 Mk. erhöht worden.

In Bromberg, wo doch die gleichen Bedingungen für die Erhöhung des Gaspreises, wie bei uns in Posen gelten, hat die Leitung des Gaswerks den Gaspreis auf 20 M. für das Kubikmeter erhöht. Weshalb man in Posen das Gas 5 M. teurer abgibt, erscheint uns nicht recht klar. Im übrigen schreibt die „Deutsche Rundschau“ zu der Bromberger Gaspreiserhöhung folgendes:

Vor etwa sechs Wochen wurde der Preis von 6 auf 8 Mark, neuerdings ganz stillschweigend auf 11 M. erhöht, und jetzt wird eine Steigerung dieses letzten Preises um fast hundert Prozent verkündet. Selbstverständlich werden auch die Preise für Nebenprodukte (Koks) und Gebühren (Gaszählermiete) entsprechend erhöht. — Davon, daß diese Preiserhöhungen von den Stadtverordneten genehmigt worden wären, hat man nichts vernommen.

Die geschätzte Bromberger Kollegin mag sich mit uns trösten. Denn bei uns in Posen liegen die Verhältnisse ganz genau so, nur daß wir den Brombergern im Gaspreise noch um 5 M. „über“ sind.

Vorsicht bei Verwendung von Eis als Kühlmittel! Untersuchungen im deutschen Reichsgesundheitsamt haben ergeben, daß das für Wirtschaftszwecke in den Handel kommende Eis selbst bei gutem Aussehen Keimwesen enthält die in ihrer Entwicklungsfähigkeit nicht verändert sind und die menschliche Gesundheit gefährden können. Wenn daher nach Genuß von Speisen oder Getränken, die durch Hinzutun von Eisstücken gekühlt wurden, Erkrankungen erfolgen, so sind diese wohl nicht durch Erkältung, sondern durch aus dem Eise stammende Keimwesen hervorgerufen.

× **Tödlicher Unfall.** Freitag vormittag benutzte der in der ul. Kolejowa 4 wohnende Schlosser Jan Schmul, als er zum Baden gehen wollte, den Weg über das Bahngelände. Er wurde von einem rangierenden Zuge durch einen Wagen angestoßen, so daß ihm der Brustkorb eingedrückt wurde. Er wurde zwar noch lebend in ein Krankenhaus geschafft, starb dort jedoch schon eine Viertelstunde nach der Einlieferung.

× **Vermißt** wird seit dem 22. v. Mts. die 14jährige Walburga Kowalska, die an dem genannten Tage von Lissa nach Posen fuhr, um hier eine Ausfuhrgenehmigung für Lebensmittel nach Lodz nachzusuchen. Sie ist aber weder nach Lissa zurückgekehrt noch in Lodz eingetroffen, so daß anzunehmen ist, daß ihr ein Unglück zugestoßen ist. Sie ist 1,60 m groß, hat blondes Haar, ist schlank und war bekleidet mit einem schwarzen Kleide mit roten Blumen, einen seidenen Hut mit braunem Rande und einem grauen Mantel aus Militärstoff.

× **Von der Polizei beschlagnahmt** wurden folgende vermutlich aus Diebstählen stammende Gegenstände: zwei neue Weckeruhren, zwei neue Wanduhren, 36 Paar Socken 4 Paar Männerunterbeinkleider, ein Stück vermutlich von einem geistlichen Gewande herrührender S. Z. gezeichneter Taft. Die Gegenstände können im Zimmer 4 der Kriminalpolizei besichtigt werden.

× **In einem Diebesversteck,** und zwar unter der über die Cybina führenden Eisenbahnbrücke wurden ein 1 m und ein 0,75 m hoher Regulator am Sonnabend versteckt aufgefunden. Die Uhren können im 2. Polizeikommissariat Wielkie Garbary 47 (Große Gerberstr.) besichtigt werden.

× **Gestohlen** wurde Sonnabend Nachmittag 2 Uhr auf dem Bahnhofe eine Geige mit Kasten im Werte von 20 000 M.

× **Festgenommen** wurden vorgestern und gestern drei Personen wegen Diebstahlverdachts.

* **Samter,** 29. Juli. Erhängt aufgefunden wurde gestern früh in ihrer Wohnung die schon längere Zeit leidende betagte Witwe Altmann von hier.

* **Bromberg,** 30. Juli. Ein schweres Unwetter — Wirbelwind und Hagelschlag — hat gestern nachmittag in vielen Ortschaften des Netzebezirks großen Schaden angerichtet. Der Hagel brachte strichweise taubeneigroße Stücke und wirkte verheerend auf Felder und Gärten. Vom Wirbelsturm wurden große Pappeln an den Chausseen und Obstbäume in den Gärten entwurzelt und bei einer Anzahl von Ansiedlerhäusern die Dächer abgedeckt. Das Unwetter erfaßte einen ziemlich weiten Bezirk. Bromberg selbst hatte Gewitter, Regen und Sturm.

Verantwortlich: für Politik, Handel, Kunst und Wissenschaft: i. V. Dr. Franz Buchta: für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznan